



POLIZEI-PROTEST

Malchow: Warten auf positive Bewegung der Regierungsfractionen

Polizei-Protest gegen Landesregierung geht weiter: GdP organisierte Demonstration vor SPD-Parteitag

Büdelsdorf/tgr – Einen ungewöhnlichen Auftakt erfuhr der Landesparteitag der SPD am Samstag. So stießen die Parteitags-Delegierten vor dem Versammlungsgebäude auf rund 600 Beschäftigte des Öffentlichen Dienstes, gut die Hälfte davon aktive und ehemalige Polizei- und Justizvollzugsbeschäftigte, die sich zu früher Stunde nach Büdelsdorf aufgemacht hatten, um Ministerpräsident Torsten Albig, dem SPD-Landesvorsitzenden Ralf Stegner sowie den sozialdemokratischen Delegierten aus ganz Schleswig-Holstein ihren Groll über das Besoldungsdiktat der Regierung aus SPD, Grünen und SSW vorzutragen.

Nach einem von Ulrich „Egon“ Bahr angeführten Protestmarsch durch den Ort (Foto) hatten sich die verärgerten Protestler unmittelbar vor der Tagungsstätte der Sozialdemokraten versammelt, um gemeinsam die Übernahme des Tarifabschlusses für die Angestellten auch auf die Beamten und Versorgungsempfänger einzufordern.

Mit Transparenten und Pfiffen machten die Demonstranten ihrer Verärgerung über das Vorgehen der Landesregierung Luft. Wie weitere Redner kritisierte der Stellvertretende GdP-Landesvorsitzende Manfred Börner das „herrschaftliche“ Vorgehen der Regierung um Ministerpräsident Torsten



Gut 300 aktive und ehemalige Polizeibeschäftigte schlossen sich dem Protestzug an.

Albig. „Wir lassen uns nicht spalten“, unterstrich Börner.

Während Ralf Stegner den Reden folgte, hatte sich Albig selbst unter die Protestierenden gemischt und musste in kontroversen Diskussionen mit einzelnen Demonstranten der Polizei und des Justizvollzuges den Vorschlag seiner Regierung verteidigen.

Der DGB-Vorsitzende Uwe Polkaehn nutzte dagegen beim Parteitag ein Grußwort, um vor den Delegierten aus ganz Schleswig-Holstein mit der „Albig-Regierung“ hart ins Gericht zu gehen. „Die Enttäuschung bei den Gewerkschaften des Öffentlichen Dienstes und bei den Kolleginnen und Kollegen ist immens“, sagte Polkaehn. Ein Vorgehen der Landesregierung nach dem Prinzip „Friss oder stirb!“ werde der DGB nicht hinnehmen. „Wer diktieren will, der muss mit Widerstand rechnen. Gebt den Beschäftigten die Wertschätzung, die sie verdient haben. Wir wollen unverändert die 1:1-Übernahme“, sagte der DGB-Chef unter großem Beifall der Parteitagsdelegierten. Dabei kritisierte Polkaehn auch die lange Laufzeit. Über diese werde zu reden sein, zeigte sich der SPD-Landesvorsitzende Ralf Stegner gesprächsbereit. Er verstehe auch die gewerkschaftliche Forderung nach der Übernahme des Tarifergebnisses auf die Beamten. „Wir werden uns eure Argumente anhören und an der einen oder anderen Stelle Korrektu-



Der DGB-Chef Uwe Polkaehn kritisierte bei seinem Grußwort das Vorgehen der Landesregierung um Ministerpräsident Torsten Albig.

Fotos (3): Thomas Gründemann



Zeigte sich verärgert über den GdP-Protest: Ministerpräsident Albig.

ren vornehmen“, kündigte der wiedergewählte SPD-Landesvorsitzende Ralf Stegner bereits an. Der DGB sei der erste Ansprechpartner der Sozialdemokraten. „Wir werden die weitere Entwicklung kritisch begleiten und warten endlich auf positive Bewegung der Regierungsfractionen“, sagte der GdP-Landesvorsitzende Oliver Malchow nach dem SPD-Parteitag. Dabei hob Malchow auch die Verantwortung der Grünen mit Finanzministerin Heinold und des SSW in der Landesregierung hervor.

Thomas Gründemann



LESERBRIEF

Notruf

Zur Debatte um die Beamtenbesoldung

Ich bin seit über 26 Jahren Polizeibeamter. In der Zeit musste ich viel über mich ergehen lassen. Ich erkaufte mir 1990 für zwei Nullrunden eine 38,5-Stunden-Woche. Mittlerweile wurden mir 41 Stunden verordnet – ohne Ausgleich. Oft wurden Tarifiergebnisse nicht 1:1 übernommen, von der Einkommensentwicklung der freien Wirtschaft ohnehin abgehängt. Zudem behielt man ca. zehn Prozent meines Gehaltes ein, indem man mir das Weihnachts- und Urlaubsgeld strich. Ach ja: 1,4 Prozent für die Heilfürsorge zahle ich jetzt auch, obwohl ich einen anderen Vertrag unterschrieben hatte. Und

jetzt legt die Landesregierung ein Besoldungsdiktat vor, das mir für 2013 eine Erhöhung von knapp 1,3 Prozent und für 2014 eine Nullrunde einbringt. Gespickt ist das Paket mit Einmalzahlungen, die nach Auszahlung verpuffen, aber von Herrn Albig öffentlich in Prozentsteigerung umgerechnet werden. Damit wird der Bevölkerung suggeriert, dass die Beamten einen tollen Lohnzuwachs erhalten. Doch dieses Zahlenwerk ist nur eine Nebelkerze. Mit uns (Polizei-)Beamten kann man es ja machen. Zum einen haben wir keine Lobby, zum anderen dürfen wir nicht streiken. Herr Albig, Sie wollen eine billige Polizei? Dann sollen

Sie eine billige Polizei bekommen. Noch nie habe ich so viele wütende Polizeibeamte gesehen. Vom Meister bis zum Direktor. Und noch eines: Kollegen und ich verfassen gerade einen Antrag, damit Beamte künftig streiken dürfen. Europäisches Recht geht in diese Richtung. Es ist ein Antrag, für den ich mich verachte, weil ich an das Grundgesetz und das Prinzip des Beamtentums glaube. Frau Simonis, Herr Carstensen, Herr Albig, Sie haben es geschafft! Ich will streiken! Erschreckend. Schämen Sie sich!

*Ulrich Bahr, Neumünster,
Leserbrief im shz vom 19. 4. 2013*

REDAKTIONSSCHLUSS

Redaktionsschluss der
Ausgabe 7/2013:
Freitag, 7. Juni 2013



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: Landesbezirk Schleswig-Holstein

Geschäftsstelle:
Max-Giese-Straße 22, 24116 Kiel
Telefon (04 31) 1 70 91
Telefax (04 31) 1 70 92

Redaktion:
Verantwortlicher Redakteur:
Thomas Gründemann
Geschäftsführender Landesvorstand
Max-Giese-Straße 22, 24116 Kiel
Telefon (04 31) 1 70 91
E-Mail: gdp.schleswig-holstein@gdp-online.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 35
vom 1. Januar 2013
Adressverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge
stellen nicht in jedem Fall die Meinung
der Redaktion dar.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6497

AUS DEN REGIONALGRUPPEN

Mahnwachen als Protest



Foto: Hans-Jürgen Wendler

Lübeck/Eutin – In ihren Bemühungen, die Übernahme des Tarifabschlusses auch auf die Beamten zu erreichen, lässt auch die GdP-Regionalgruppe Lübeck-Ostholstein nicht locker. So werden seit einigen Wochen Mahnwachen vor den Geschäftsstellen der SPD in Lübeck und Eutin aufgestellt. Jeweils freitags, bezeichnenderweise um „5 nach 12“, positionieren sich vor den Geschäftsstellen Kolleginnen und Kollegen der GdP, um den sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten ein Bild von der Stimmung in den Reihen der Polizei aufzuzeigen und mit ihnen ins Gespräch zu kommen (Foto vor der SPD-Geschäftsstelle in Eutin). Im Mittelpunkt steht dabei die GdP-Kritik am Vorgehen gerade einer von der „Arbeitnehmerpartei“ SPD geführten

Landesregierung und deren überheblicher Umgang mit dem DGB und ihren Einzelgewerkschaften. Die Landesregierung mit Ministerpräsident Albig und Finanzministerin Heinold solle bei der Gestaltung der Besoldungsneuregelung endlich wieder auf den DGB zugehen und Verhandlungen führen.

Auch die Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage müsse wieder ins Auge gefasst werden, da sie ein fester Bestandteil der monatlichen Besoldung sei. Überrascht zeigten sich die protestierenden Polizeibeschäftigten über Aussagen einiger SPD-Abgeordneter, dass die mit dem Mai-Gehalt bereits veranlasste Einmalzahlung ohne gesetzliche Grundlage mit der Fraktion nicht besprochen worden sei. **tg**



Polizei­protest zum Empfang

Eutin – Ein lautstarker Empfang wurde den beiden Landtagsabgeordneten Regina Poersch und Simone Lange (beide SPD) bei einem Besuch der Polizeidirektion für Aus- und Fortbildung und Bereitschaftspolizei bereitet. Vor der Zufahrt zum Gelände der PD AFB hatten sich rund 100 Polizisten zu einer angemeldeten Protestaktion versammelt, die die Regionalgruppe der Gewerkschaft der Polizei auf die Beine gestellt hatte, um ihren Unmut den beiden Abgeordneten vorzutragen.

Für einen kurzen Austausch mit den beiden Sozialdemokratinnen, die bei ihrem Eintreffen von den Protestlern mit einem Pfeifkonzert bedacht wurden, hatten die GdP-Organisatoren unmittelbar vor der Wache der PD AFB vier Stühle zum „Runden Tisch“ aufgestellt. „Auch um auf ‚Augenhöhe‘ mit den beiden Politikerinnen zu sprechen. Denn das haben wir bei den bisherigen Verhandlungen der Landesregierung mit dem DGB und damit auch der GdP vermisst“, so Axel Dunst.

Im Umgang mit den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes und in der Kommunikationsbereitschaft bestehe bei der Landesregierung mit Ministerpräsident Albig und Finanzministerin Heinold an der Spitze offenbar noch „Entwicklungspotenzial“, gab Dunst den beiden SPD-Politikerinnen mit auf den Weg.

„Wir fordern eine inhalts- und wirkungsgleiche Übernahme des Tarifabschlusses des öffentlichen Dienstes auch für die Beamtinnen und Beamten sowie Versorgungsempfänger“, konstatierten die beiden GdP-Vorstandsmitglieder Thomas Dannenberg und Axel Dunst. Die Polizistinnen und Polizisten hätten kein Streikrecht, stünden aber in einem besonderen Dienst- und Treueverhältnis. „Das funktioniert jedoch nur, wenn wir auch wie die anderen behandelt werden. Und das bedeutet eine vollständige Übernahme des Tarifergebnisses“, so Dannenberg.

Die Polizei lasse sich nicht spalten, unterstrichen Dannenberg und Dunst ihre Kritik am „Besoldungsdiktat“ durch Ministerpräsident Albig. „In solchen Dingen haben wir ein gut funktionierendes Langzeitgedächtnis – und wenn Sie uns mit dem jetzigen Angebot der Landesregierung bis zum Jahr 2018 abspesen wollen – werden wir das bis



Ein Bild mit Seltenheitswert: Polizistinnen und Polizisten der PD AFB protestierten direkt vor der Unterkunftswache.

zur nächsten Landtagswahl nicht vergessen haben“, gab Thomas Dannenberg den Politikerinnen mit auf den Weg. Am Ende des halbstündigen Aus-

wir erlebt und gespürt haben“, versprach Poersch.

Die Kommunikation sei noch nicht beendet, so Simone Lange. „Es sind



Umgeben von rund 80 Polizistinnen und Polizisten der PD AFB stellten sich Regina Poersch (r.) und Simone Lange „am runden Tisch“ der Diskussion mit Thomas Dannenberg und Axel Dunst (l.).

Fotos (2): Thomas Gründemann

tauschs zeigten sich Poersch und Lange beeindruckt von der Protestaktion, aber auch von den Argumenten der GdP-Vertreter. „Wir haben verstanden und werden im Koalitionsausschuss berichten, was uns hier erklärt wurde und was

noch alle Kanäle offen für Gespräche“, erklärten die beiden SPD-Frauen. Ein Meinungsaustausch mit dem Vorstand der Regionalgruppe sei bereits geplant.

Thomas Gründemann



Ein Jahr Innenminister Breitner

Im Juni jährt sich das erste Mal der Tag, dass die rot-grün-blaue Koalition, genannt Küstenkoalition, im Amt ist. Wir haben diesen Jahrestag zum Anlass genommen, eine Bilanz zur Arbeit von Innenminister Breitner zu ziehen. Dabei haben wir „quer durch die Last“ Menschen aus Politik, Polizei und Verwaltung, Aktive und Passive befragt.

Dr. Ralf Stegner, SPD:

„Mit Andreas Breitner hat Schleswig-Holstein seit einem Jahr wieder einen



Ralf Stegner (SPD)

Innenminister, der mit Sachverstand, persönlicher Leidenschaft und dem Willen zum Dialog mit allen Beteiligten seine Arbeit macht. All dies tut Andreas Breitner, den ich seit vielen Jahren kenne und mit dem ich gerne zusammenarbeite.

Das Innenressort ist bei ihm in guten Händen.

Ich bin überzeugt, ihm wird es gelingen, die anstehenden Herausforderungen zu bewältigen, egal ob es um die Gewährleistung der Sicherheit oder das vertrauensvolle Miteinander von Land und Kommunen geht.“

Wolfgang Kubicki, FDP:

„Das erste Jahr von Innenminister Breitner war von einigen Ereignissen und Entscheidungen geprägt, die die schleswig-holsteinische Polizei auf mittlere bis längere Frist noch beschäftigen werden: Einführung der Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamte, zum Teil gravierende Startschwierigkeiten beim Digitalfunk oder die Unklarheit über die



Wolfgang Kubicki (FDP)

personelle Zukunft der schleswig-holsteinischen Polizei. Am schwerwiegendsten für die Motivation sowie die Personalgewinnung von Polizeibeamten ist jedoch das von der Landesregierung geplante Besoldungsdiktat, das allen Bediensteten des Landes auf fünf Jahre reale Lohnneinbußen beschert wird. Dies hat auch der Innenminister mitgetragen.“

Lars Harms, SSW:

„Der SSW im Schleswig-Holsteinischen Landtag steht, wie die gesamte Küstenkoalition, hinter der Landespolizei. Die Landespolizei ist der Garant für die innere Sicherheit und dafür, dass unser gesellschaftliches Zusammenleben so funktioniert wie es funktionieren muss. Ich bin mir sicher, dass der enge Draht zum ‚Polizei-Fachmann‘ Andreas Breitner immer Grundlage dafür sein wird, dass die Belange der Landespolizei in der Landespolitik angemessen berücksichtigt werden. Der SSW wird unseren Minister dabei nach Kräften unterstützen.“



Lars Harms (SSW)

Burkhard Peters:

„Innenminister Andreas Breitner ist für die Küstenkoalition ein Glücksfall! Grüne Innenpolitik setzt bekanntlich in einigen Bereichen etwas andere Akzente als SPD und SSW: Polizeikennzeichnung, Versammlungsrecht und Videoüberwachung



Burkhard Peters (GRÜNE)

seien beispielhaft benannt. Ich schätze Andreas Breitner als ebenso hochkompetenten wie fairen Brückenbauer zwischen den Positionen. Ihm gelingt es, als ehemaliger Polizist und jetziger Vollblutpolitiker in Schleswig-Holstein eine strikt an den Bürgerinnen-Rechten ausgerichtete, moderne Innenpolitik mit deutlichen grünen Akzenten sowohl nach innen als nach außen glaubhaft zu verkörpern. Ich freue mich auf die weitere Zusammenarbeit.“

Astrid Damerow, CDU:

„Vertrauen verloren, Unsicherheiten geschaffen! Nach einem Jahr Regierungsverantwortung haben SPD, Grüne und SSW der Polizei einiges zugemutet. Nach wie vor hält die CDU-Fraktion die beschränkte Kennzeichnungspflicht für Polizisten für einen großen Fehler. Eine Übernahme des Tarifvertrages für den Öffentlichen Dienst auf die Beamtenschaft lehnt die Landesregierung bis heute ab. Dies erschwert die Möglichkeit zur



Astrid Damerow (CDU)

Gewinnung qualifizierten Nachwuchses, vor allem zeigt es aber die fehlende Wertschätzung der Polizeiarbeit. Ungeklärt bleibt auch, wie im Rahmen der Polizei die Vorgaben des Stellenabbaupfades umgesetzt werden

sollen. Die hieraus resultierende Unsicherheit ist ebenfalls groß. Innerhalb der Polizei hat die Landesregierung und insbesondere der Innenminister Unsicherheit und Frustration geschaffen und Vertrauen verloren. Dies ist nach einem Jahr eine vernichtende Bilanz.“

Wolfgang Dudda, Piraten:

„Nur verbale Loyalität reicht nicht. Wie jeder seiner Amtsvorgänger hat sich



Wolfgang Dudda (PIRATEN)

Innenminister Andreas Breitner vom ersten Tag an in der Öffentlichkeit vor ‚seiner‘ Polizei gestellt und tut dies bei jeder sich bietenden Gelegenheit bis heute. Abseits dessen hat er die Kennzeichnungspflicht für Polizisten bei Größensätzen denkbar schlecht umgesetzt. Der Datenschutz hätte hier wesentlich besser gestaltet werden können.

Dass der Tarifabschluss nicht 1:1 übernommen wird, hat auch er zu verantworten. Unterbezahlte Führungskräfte werden den nachgeordneten Bereich nicht ausreichend motivieren können.“

Holger Dabelstein (Polizeidirektor a. D.):

„Mit Vorschusslorbeeren aus den Reihen der Lapo trat Andreas Breitner vor



Holger Dabelstein

einem Jahr sein neues Amt an. Positiverweise führt er parteiübergreifend von seinem Amtsvorgänger begonnene allgemein anerkannte Sicherheitsprojekte wie z. B. die Null-Toleranz-Strategie gegen Rackerkriminalität fort. Polizeilicher Erwartung folgend setzt er sich für ein NPD-Verbotsverfahren



LANDESPOLITIK

ren ein. Mit sehr mutigen Personalentscheidungen auf Landesebene überraschte Breitner unter dem Gesichtspunkt dienstzweigbezogener Sensibilitäten. Für die Verweigerung der vollen Tarifvertragsübernahme trägt er Mitverantwortung, die ihm einige Sympathien kosten dürften. Für die Zukunft wünsche ich Andreas Breitner rundherum gute Entscheidungen – wobei nach oben noch ein wenig Luft da ist.“

Jürgen Herdes:

„Herr Breitner hat uns in seiner neuen Funktion als Innenminister sehr früh in der PD AFB besucht. So konnten wir direkt zu Beginn seiner Amtszeit unsere drängenden Themen ‚an den Mann‘ bringen. Die anonymisierte Nummerierung von Polizeibeamten in geschlossenen Einsätzen lag oben auf. Auch wenn Herr Breitner darin kein Misstrauensvotum gegen die Polizei sieht und das für ihn kein ‚Hau-Ruck-Verfahren‘ werden sollte, kam die Umsetzung der Regelung sehr schnell. Ein Vertrauensbeweis sieht jedenfalls anders aus. Das Oberverwaltungsgericht Lüneburg hat nach dem letzten Castor-Einsatz entschieden, dass es gemeinschaftsrechtlich geboten sei, den geleisteten Bereitschaftsdienst in die Arbeitszeit einzubeziehen, wenn es sich um einen so genannten ‚geschlossenen Einsatz‘ handelt. Aus Schleswig-Holstein gibt es bisher keine Aussage. Es wäre ein positives Signal, eine eigene Landesregelung zu treffen und diese Zeiten voll anzuerkennen. Für den Bereich der geschlossenen Einsätze warten wir bereits seit vielen Jahren auf Anpassungen bei dem Dienst zu ungünstigen Zeiten bzw. Einführung einer Erschwerniszulage. Die Probleme der PD AFB heißen weiterhin Einsatzbelastung, Überstunden, Nachwuchsgewinnung sowie Ausstattung und verlässliche Berufs- und Beförderungsperspektiven. Ein sehr drängendes Problem ist die Unterbringung der Dienstanfänger bei steigenden Einstellungszahlen. Die Kapazitäten in Eutin sind nicht ausreichend und ein Landeskonzept ist mir nicht bekannt. Ich hoffe, dass unser Innenminister sich (trotz aller Koalitionszwänge) für uns ‚mächtig ins Zeug legen‘ wird.“



Jürgen Herdes

„Herr Breitner hat uns in seiner neuen Funktion als Innenminister sehr früh in der PD AFB besucht. So konnten wir direkt zu Beginn seiner Amtszeit unsere drängenden Themen ‚an den Mann‘ bringen. Die anonymisierte Nummerierung von Polizeibeamten in geschlossenen Einsätzen lag oben auf. Auch wenn Herr Breitner darin kein Misstrauensvotum gegen die Polizei sieht und das für ihn kein ‚Hau-Ruck-Verfahren‘ werden sollte, kam die Umsetzung der Regelung sehr schnell. Ein Vertrauensbeweis sieht jedenfalls anders aus. Das Oberverwaltungsgericht Lüneburg hat nach dem letzten Castor-Einsatz entschieden, dass es gemeinschaftsrechtlich geboten sei, den geleisteten Bereitschaftsdienst in die Arbeitszeit einzubeziehen, wenn es sich um einen so genannten ‚geschlossenen Einsatz‘ handelt. Aus Schleswig-Holstein gibt es bisher keine Aussage. Es wäre ein positives Signal, eine eigene Landesregelung zu treffen und diese Zeiten voll anzuerkennen. Für den Bereich der geschlossenen Einsätze warten wir bereits seit vielen Jahren auf Anpassungen bei dem Dienst zu ungünstigen Zeiten bzw. Einführung einer Erschwerniszulage. Die Probleme der PD AFB heißen weiterhin Einsatzbelastung, Überstunden, Nachwuchsgewinnung sowie Ausstattung und verlässliche Berufs- und Beförderungsperspektiven. Ein sehr drängendes Problem ist die Unterbringung der Dienstanfänger bei steigenden Einstellungszahlen. Die Kapazitäten in Eutin sind nicht ausreichend und ein Landeskonzept ist mir nicht bekannt. Ich hoffe, dass unser Innenminister sich (trotz aller Koalitionszwänge) für uns ‚mächtig ins Zeug legen‘ wird.“

Michael Koettlitz:

„Andreas Breitner lernte ich als Leiter der Kriminalpolizeilichen Bera-

tungsstelle der Polizeidirektion Schleswig-Holstein Mitte kennen. Schon damals, lang, lang ist es her, war mir klar, dass das einmal unser zukünftiger Innenminister werden würde – o. k., war'n Scherz. – Ein Jahr PHK Breitner jetzt als Innenminister in Schleswig-Holstein. Ich denke, er macht einen guten Job für und mit der Polizei, wenn ich mal die leidige Kennzeichnungspflicht ausnehme. Aber das war sicherlich der Koalition geschuldet. Er kümmert sich, ist mein Eindruck. Und er kümmert sich gut. Sollte ich ihn beurteilen, käme er wohl in die Leistungsebene 3 (LE 3) im oberen Bereich. Seine Karriere in der SPD ist noch nicht zu Ende, denke ich ...“



Mike Koettlitz

„Es ist zu begrüßen, dass der Innenminister zu Beginn seiner Amtszeit die Polizeidirektionen und auch die GdP-Jahreshauptversammlungen besucht hat. Dies sollte er aus meiner Sicht fortführen und dabei den Schwerpunkt darauf setzen, mit den Kolleginnen und Kollegen des Einzeldienstes vertraulich ins Gespräch zu kommen. Ich verspreche mir davon, dass Herr Breitner ein direktes und ungefiltertes Bild über die derzeitige Situation der Kolleginnen und Kollegen auf der Straße erhält. In der derzeitigen Besoldungsdiskussion vermisste ich, dass sich Herr Breitner für die Belange und Interessen seiner Mitarbeiter, nämlich den Kolleginnen und Kollegen der Landespolizei, öffentlich und kämpferisch einsetzt und sich als oberster Dienstherr vor sie stellt.“

Jörn Löwenstrom:

„Innenminister Breitner wird von der Bevölkerung sicherlich als ein Positivposten in der Landesregierung wahrgenommen. Aber er ist eben auch ein Teil dieser Landesregierung und diese hat mich nicht nur als ehemaliger Polizeibeamter, sondern auch als Kommunalpolitiker einer ländlichen Gemeinde enttäuscht. Sie verordnet nur und sucht weder mit den Gewerkschaften bei der Übernahme des Tarifergebnisses noch



Jörn Löwenstrom

mit der Kommunalpolitik bei Infrastrukturmaßnahmen und der Finanzausstattung der Gemeinde oder bei einer zukünftigen Organisation der Polizei im ländlichen Bereich das Gespräch. Mit diesem Verhalten werden die Gewerkschaften geschwächt und die Entwicklung der kleinen Gemeinden im Land stark beeinträchtigt. Wo ist die vollmundig angekündigte neue Gesprächskultur und Dialogbereitschaft geblieben? Ich kann sie nicht feststellen.“

Karl Heinz Fahrenkrog:

„Andreas Breitner hatte in seinem neuen Amt als Innenminister einen Superstart. Medienwirksam – eigentlich genau wie in seinem vorherigen Amt als Bürgermeister von Rendsburg – setzte er sich erfolgreich in Szene. Er versuchte auch, sich für die Belange seiner ehemaligen Kollegen bei der Polizei einzusetzen. Nur die Haushaltslage des Landes lies das allzu oft nicht zu. Der alte Führungsgrundsatz ‚Mache nur das, was du auch durchsetzen kannst!‘ blieb gelegentlich unberücksichtigt. Dafür hatte er aber auch Erfolge in anderen Geschäftsbereichen seines Ministeriums vorzuweisen. Z. B. beim organisierten Sport, der größten Bürgerbewegung im Lande, ist es allerdings für einen Minister auch deutlich einfacher. ‚Dort wird eben weniger gemekelt.‘ Und wie sieht der Vorsitzende des Hauptpersonalrates der Polizei, **Andreas Kropius**, das bisherige Wirken des obersten Dienstherrn der Polizeibeschäftigten? „Aus meiner Sicht steht die Nagelprobe zur Bewertung der Arbeit unseres Innenministers erst bevor. Eine für die Landespolizei erfolgreiche Haushaltsaufstellung 2014 inklusive der erforderlichen Strukturverbesserungen, weiterhin eine Anerkennung der strategischen Lücke der Landespolizei im Rahmen des Personalabbaupfades und eine moderne Erschwerniszulagenverordnung für Schleswig-Holstein sind die Aufgabenstellungen der nahen Zukunft. Innenminister Andreas Breitner muss sich an diesen Ergebnissen in den nächsten Monaten messen lassen!“

mit der Kommunalpolitik bei Infrastrukturmaßnahmen und der Finanzausstattung der Gemeinde oder bei einer zukünftigen Organisation der Polizei im ländlichen Bereich das Gespräch. Mit diesem Verhalten werden die Gewerkschaften geschwächt und die Entwicklung der kleinen Gemeinden im Land stark beeinträchtigt. Wo ist die vollmundig angekündigte neue Gesprächskultur und Dialogbereitschaft geblieben? Ich kann sie nicht feststellen.“

Karl-Friedrich Schwark:

„Andreas Breitner hatte in seinem neuen Amt als Innenminister einen Superstart. Medienwirksam – eigentlich genau wie in seinem vorherigen Amt



Karl-Friedrich Schwark

als Bürgermeister von Rendsburg – setzte er sich erfolgreich in Szene. Er versuchte auch, sich für die Belange seiner ehemaligen Kollegen bei der Polizei einzusetzen. Nur die Haushaltslage des Landes lies das allzu oft nicht zu. Der alte Führungsgrundsatz ‚Mache nur das, was du auch durchsetzen kannst!‘ blieb gelegentlich unberücksichtigt. Dafür hatte er aber auch Erfolge in anderen Geschäftsbereichen seines Ministeriums vorzuweisen. Z. B. beim organisierten Sport, der größten Bürgerbewegung im Lande, ist es allerdings für einen Minister auch deutlich einfacher. ‚Dort wird eben weniger gemekelt.‘ Und wie sieht der Vorsitzende des Hauptpersonalrates der Polizei, **Andreas Kropius**, das bisherige Wirken des obersten Dienstherrn der Polizeibeschäftigten? „Aus meiner Sicht steht die Nagelprobe zur Bewertung der Arbeit unseres Innenministers erst bevor. Eine für die Landespolizei erfolgreiche Haushaltsaufstellung 2014 inklusive der erforderlichen Strukturverbesserungen, weiterhin eine Anerkennung der strategischen Lücke der Landespolizei im Rahmen des Personalabbaupfades und eine moderne Erschwerniszulagenverordnung für Schleswig-Holstein sind die Aufgabenstellungen der nahen Zukunft. Innenminister Andreas Breitner muss sich an diesen Ergebnissen in den nächsten Monaten messen lassen!“



Andreas Kropius
Fotos (3): Thomas Gründemann



GLÜCKWÜNSCHE

Wir gratulieren

**zur Beförderung
zur Polizeihauptkommissarin**
Gesine Kunz, RG AFB

zum 40-jährigen Dienstjubiläum
Hans-Peter Baumann, Erwin Schugardt,
Hugo Schramm, RG Steinburg-Dithmar-
schen

zum 25-jährigen Dienstjubiläum
Michaela Blohme, RG Schleswig-Flens-
burg

zur Goldenen Hochzeit
Hinrich Karff und Ehefrau, RG Sege-
berg-Pinneberg

zur Vermählung
Kerstin Wittke geb. Mudder und Ehe-
mann, RG Segeberg-Pinneberg

In den Ruhestand traten
Peter Ziegler, RG Kiel-Plön; Christian
Mess, RG Lübeck-Ostholstein

*Wir bitten alle Kolleginnen und Kol-
legen um Verständnis, dass wir nur die-
jenigen namentlich erwähnen konnten,
die uns vor Redaktionsschluss von ihrer
Regionalgruppe genannt wurden.*



**Auf eine 60-jährige
Mitgliedschaft in der
Gewerkschaft der Polizei
blickte Horst Eckert (l.) im
März zurück. Und seit sechs
Jahrzehnten ist er auch mit
seiner Ehefrau Anneliese
verbunden und feierte mit
ihr im selben Monat die
Diamantene Hochzeit. Fritz
Hilbert (r.) war es vorbehal-
ten, die Glückwünsche der
GdP zu überbringen.**

RG-TERMINE

Einladung!

**Schleswig-Flensburg
GdP-Preisschießen am Freitag, 7.
Juni 2013, 14.30 Uhr, in Fahrdorf,
Schützenheim.** Anmeldungen bitte an:
Michael Carstensen, Tel. 04 61-4 84 25 01
oder 0 46 23-18 02 41, oder Stefan Voll-
mer, Tel. 04 61-4 84 33 29.

**Schleswig-Holstein Mitte
– Seniorengruppe Neumünster –
Vierteljahrestreffen mit Kaffee und
Kuchen der Seniorinnen und Senioren
am Mittwoch, 19. Juni 2013, 14.30 Uhr,**
Restaurant & Café Friesenstube (im Haus
Hog'n Dor) Klaus-Groth-Straße 37, Neu-
münster. Anmeldungen bitte unbedingt
bis 17. Juni 2013 bei Lisa Grützmann,
Tel. 0 43 21-2 25 16.



Elterngeld-Berechnung vereinfacht

**Für Geburten ab 1. Januar 2013 wird
die Elterngeldberechnung vereinfacht.
Statt wie bisher die tatsächlichen Netto-
verdienste aus den letzten zwölf Mona-
ten zugrunde zu legen, wird künftig auf
Basis der Entgeltbescheinigungen nach
festgelegten Pauschalsätzen ein fiktives
Nettoeinkommen ermittelt. Maßgeblich
für die Pauschalsätze sind die Abzugs-
merkmale (Steuerklasse, Beitragsgrup-
pen zur Sozialversicherung etc.) der
letzten im Bemessungszeitraum erstell-
ten Entgeltbescheinigung des Arbeitge-
bers.**

Änderungen dieser Bemessungs-
grundlagen innerhalb des Zwölf-Mo-
nats-Zeitraums (z. B. ein Wechsel der
Steuerklasse) werden künftig nur dann
in die Berechnung einfließen, wenn sie in
dem Jahr vor der Geburt mehr als sechs
Monate gültig waren. Eine frühzeitige
Planung zahlt sich also in der Höhe des
Elterngelds aus.

Der Eintrag von lohnsteuerlichen
Freibeträgen wirkt sich durch die fiktive
Nettoberechnung nicht mehr auf das El-
terngeld aus. Dies gilt beispielsweise für
Arbeitnehmer, die sich wegen hoher

Fahrtkosten einen entsprechenden Frei-
betrag auf der Lohnsteuerkarte haben
eintragen lassen. Sie haben dadurch
künftig geringere Ansprüche auf Elterngeld
als bei Geburten vor dem 1. Januar
2013.

Auch für Unternehmer, Freiberufler
oder Personengesellschafter ändert sich
die Berechnung des Nettoeinkommens,
indem pauschale Abgabensätze und fik-
tive Steuersätze auf der Basis des durch-
schnittlichen monatlichen Gewinns zum
Ansatz kommen.

(aus: IKK Profil Januar 2013)

Anzeige

ADAC Vertriebsagentur

sucht junge, engagierte Vertriebspartner/- innen für Vortragstätigkeit und qualifizierte Betreuung von Fahrschulen in Schleswig-Holstein. Diese lukrative Nebentätigkeit ist geeignet für motivierte Menschen, die aufgeschlossen und gewohnt sind, selbständig zu arbeiten. Auch junggebliebene Frührentner und Pensionäre sollten sich bewerben. Sind Sie interessiert?

Ansprechpartner: Olaf Blaudzun • Tel.: 01 51/ 23 51 64 22





Termin: 2. bis 4. Oktober 2013

Mini-Kreuzfahrt ab 149 Euro

Erholung im Oktober 2013 auf der Color Magic

Nutzen Sie den Brückentag!

Gönnen Sie sich ein paar Tage Erholung und Entspannung:

Mit unserer Mini-Kreuzfahrt auf der Strecke

Kiel – Oslo – Kiel

bieten wir Ihnen den perfekten Kurzurlaub.

Genießen Sie das faszinierende Ambiente mit Fitness und Wellness, Shops, Bars, Cafés und Entertainment an Bord der

M/S Color Magic.



PSW-Reisen

Schleswig-Holstein GmbH

Weitere Informationen

PSW-Reisen Kiel

Max-Giese-Straße 22

24116 Kiel

Telefon 0431 / 17093

Telefax 0431 / 17092

psw-reisen.kiel@t-online.de

PSW-Reisen Lübeck

Hans-Böckler-Straße 2

23560 Lübeck

Telefon 0451 / 5021736

Telefax 0451 / 5021758

psw-reisen.luebeck@t-online.de

www.psw-tours.de

Übernachtung in:

3***- Kabine,
Zwei- oder Doppelbett,
ohne Meerblick **149,00 €**

3***-Kabine,
Zwei- oder Doppelbett,
mit Meerblick **189,00 €**

Folgende Leistungen sind enthalten:

- Schiffsreise Kiel – Oslo – Kiel
- Kabinenunterbringung gemäß Buchung
- 2 x Frühstücksbuffet
- 2 x Abendbuffet
- Insolvenzversicherung

Zuschläge:

3***-Einzelkabine **90,00 €**

Stadtrundfahrt in Oslo **38,00 €**



Änderung,
Irrtum und
Zwischen-
verkauf bleibt
vorbehalten

Fotos: Color Line



PSW-Reisen

Das Reisebüro der GdP

Hier beginnt Ihr Urlaub!

PSW-Reisen – Das Reisebüro der GdP – wurde 1994 in Kiel gegründet. Waren noch zunächst kleine Gruppenreisen der Mittelpunkt des Geschäftes, sind es heute lange und kurze Strecken in alle Welt, Expeditionen, Studienreisen, aber auch Pauschalreisen, Tickets für Linien- oder Charterflüge, ebenso wie City-Reisen und Kreuzfahrten.

Entdecken Sie mit PSW-Reisen die schönsten und interessantesten Reiseziele, traumhafte Reiserouten zu traumhaft günstigen Preisen. Im Internet finden Sie bei uns tagesaktuelle, Last Minute- und Kurzfrist-Angebote.

Einen schönen Urlaub
wünscht Ihnen
das Team von
PSW-Reisen

PSW-Reisen

Schleswig-Holstein GmbH

Weitere Informationen
und Anmeldungen

PSW-Reisen Kiel

Max-Giese-Straße 22

24116 Kiel

Telefon 0431/170 93

Telefax 0431/170 92

psw-reisen.kiel@t-online.de

PSW-Reisen Lübeck

Hans-Böckler-Straße 2

23560 Lübeck

Telefon 0451/ 502 17 36

Telefax 0451/ 502 17 58

psw-reisen.luebeck@t-online.de

www.psw-tours.de



Ines Heidler



Anja Peris



Susanne Danger



Joachim Ußling

Und was sonst noch so war ...

2. März

Unser Schwesterverband – GdP in Nordrhein-Westfalen – hatte zur Landtagswahl 2012 den Wahlprüfstein „Wiederherstellung der Ruhegehaltfähigkeit der Polizeizulage“ gestellt. Im Koalitionsvertrag von Rot-Grün heißt es: Im Rahmen der Dienstrechtsreform wollen wir die Ruhegehaltfähigkeit der Feuerwehr-, Polizei- und Justizzulage schaffen. Allerdings ist im Entwurf des Gesetzes diese Zusage mit keiner Silbe erwähnt. Das bringt die dortige GdP auf die Palme.

2. April

Michael Carstensen, Vorsitzender der Regionalgruppe Schleswig-Flensburg, ärgert sich über den Vorschlag der SPD-Grün-SSW-geführten Landesregierung zur Beamtenbesoldung. In einem Schreiben an den SPD-Vorsitzenden Dr. Stegner schreibt Carstensen: „Wir erinnern uns noch an die Worte unseres Ministerpräsidenten in seiner Regierungserklärung vom 13. Juni 2012: Diese Regierung setzt auf eine neue politische Kultur. Wir setzen auf Dialog, Transparenz und Teilhabe.“ Diese Worte stehen, so schreibt Carstensen, im krassen Missverhältnis zu der Aussage der Finanzministerin Frau Heinold: „Wir müssen nicht verhandeln, wir können auch einfach beschließen.“

18. April

Die GdP Mecklenburg-Vorpommern hat einen neuen Vorsitzenden. Nicht mehr Michael Silkeit steht dem Nachbarlandesbezirk vor. Überraschend trat der langjährige Vorsitzende aus Wismar nicht mehr an. Neuer GdP-Landesvorsitzender ist der Anklamer Christian Schumacher. Der 37-jährige Polizeihauptkommissar folgt Michael Silkeit im Amt, der nach 22 Jahren als Vorsitzender der mitgliederstärksten Arbeitnehmervertretung der Polizeibeschäftigten aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr kandidierte. Seit 2009 fungierte Schumacher als stellvertretender GdP-Landesvorsitzender.

29. April

Druckfrisch landet auch in diesem Jahr die Broschüre „Das ABC von 36 Lohnsteuergrundbegriffen 2013“ auf unserem Tisch. Die vom DGB – Abteilung Wirtschaft, Finanz- und Steuerpolitik – herausgegebene Broschüre behandelt alle Begriffe von A wie Arbeitsmittel bis Z wie Zuschläge für Sonntag, Feiertag und Nachtarbeit. Für GdP-Mitglieder ist die Broschüre kosten-

frei abrufbar. Die Broschüre liegt sowohl elektronisch als pdf-Datei als auch in gedruckter Fassung vor (Versand gegen Porto). Dorith.Schulz@gdp-online.de, Telefon: 04 31-1 22 10 15.

30. April

Der Reformationstag – Feiertag zum Gedenken an Martin Luthers Thesenanschlag in Wittenberg – ist schon seit Jahren in allen ostdeutschen Ländern ein gesetzlicher Feiertag. 2017 jährt sich der Thesenanschlag zum 500. Mal. Heute beschließt das Landeskabineett, diesen Tag (einmalig) zum gesetzlichen Feiertag zu erklären. Das Nachbarland Hamburg verfährt ebenso. Wir meinen: Ein guter Zug, aber das feiertagsarme Bundesland Schleswig-Holstein sollte diesen Tag nicht nur einmalig, sondern auf Dauer einführen.

2. Mai

Wir hatten unsere Mitglieder wegen altersdiskriminierender Besoldung zu Anträgen gegenüber dem Finanzverwaltungsamt aufgerufen. Zuvor haben wir mit dem Justizariat des Finanzverwaltungsamtes ein Musterverfahren vereinbart, wobei jeder seinen Antrag selbst stellen soll und dieser dann bis zum Ende des Musterverfahrens seitens des Finanzverwaltungsamtes ruhend gestellt wird. Das Ganze spielte sich Ende Oktober/Anfang November 2012 ab. Heute erfahren wir, dass das Finanzverwaltungsamt dazu übergegangen ist, alle Anträge zu bescheiden. Es sollen über 1200 Ansprüche angemeldet worden sein. Unter der Hand heißt es aus dem Finanzverwaltungsamt, dies habe die Spitze des Finanzministeriums angeordnet. Wenn dies so ist, ist es nicht nur gegenüber dem Finanzverwaltungsamt, sondern vor allem gegenüber der GdP und anderen Gewerkschaften mehr als ein Affront. Ob damit der politische Streit um die Besoldungsübertragung quitiert werden soll?

3. Mai

Heute wird bekannt, dass in dem überregional bekannten Rockerverfahren die auch gegen einen Kieler Polizeibeamten eingeleiteten Ermittlungen der Korruption eingestellt werden. Gegenüber der Presse äußere ich mich erleichtert. Es wäre sonst ein Schatten auf die Landespolizei gefallen. Bei dem betroffenen Kollegen bleibt ein bitterer Nachgeschmack: Er will Rehabilitation.

6. Mai

Besuch bei der Regionalgruppe Schleswig-Flensburg. Mit Michael Carstensen, dem dortigen Vorsitzenden, diskutieren Jens Zywitzka, Benjamin Lindhorst (beide PVAG) und ich über die Möglichkeiten und Grenzen einer vertieften Zusammenarbeit. Was viele nicht wissen: Die Polizeiversicherungs AG (PVAG) gehört zu 51% der SIGNAL-IDUNA und zu 49% der GdP. Entstanden ist diese Versicherungssparte aus der Polizeiversicherung auf Gegenseitigkeit, die 1962 von der GdP gegründet wurde. Sie stellt für GdP-Mitglieder nicht nur günstige Tarife, sondern auch bei Nachweis der GdP-Mitgliedschaft Beitragsnachlässe zur Verfügung.

7. Mai

In der letzten Ausgabe hatten wir berichtet, dass Minister a. D. Schmalfuß sich als Mediator anbietet. Heute werden wir von Bodo Arlt darauf aufmerksam gemacht, dass die Mediation auch durch Schiedspersonen des BDS (Bund der Schiedsfrauen und Schiedsmänner Deutschlands e. V.) durchgeführt wird. Hier insbesondere in der vorgerichtlichen Streitschlichtung. Kontakt: www.bds-kiel.de

Benötigen GdP-Mitglieder aus dienstlichen Gründen Mediation, so wird dies kostenfrei über Bodo Arlt, Vorsitzender der BDS-Vereinigung, Kiel, angeboten.

8. Mai

Eine Untersuchung zu Arbeit und Stress gibt Aufschluss über eine Forsa-Befragung der DAK. Natur, Familie und kein Stress: So hat die große Mehrheit der Deutschen den Sommer 2012 genossen. Mehr als jeder zehnte Urlauber erholte sich allerdings weniger gut oder überhaupt nicht. Die meisten Probleme hatten die 30- bis 44-Jährigen. In dieser Altersgruppe hatten 17% Schwierigkeiten mit der Erholung. Vor allem Frauen konnten nicht vom Job abschalten.

So erholten sich die Deutschen am meisten:

1. Sonne und Natur	80%
2. Zeit für sich selbst	69%
3. Zeit mit der Familie	68%
4. Ortswechsel	62%
5. Wegfall Arbeitsbelastung	60%
6. Verzicht Handy/Internet	28%

aus: DAK Praxis + Recht 4_2012

